

gemeine Rückgang der ODA-Leistungen ist in der Tat eine ernste Angelegenheit, stellt doch für viele Staaten der Dritten Welt, insbesondere für die 48 LDC, die ODA nach wie vor eine außerordentlich wichtige Quelle der Außenfinanzierung dar. Eine bedeutsame Rolle kommt der ODA auch für die nachhaltige Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur derjenigen Regionen zu, die im Hinblick auf Standortentscheidungen für private Kapitalströme, etwa für ausländische Direktinvestitionen, gegenwärtig benachteiligt sind.

In einem vor zwei Jahren geführten Interview formulierte Mahbub ul Haq, der 1998 verstorbene geistige Vater des jährlich vom UNDP herausgegebenen ›Berichts über die menschliche Entwicklung‹, seine Einschätzung folgendermaßen:

»Wir werden im 21. Jahrhundert nicht allzuviel von öffentlicher Entwicklungshilfe zu sehen bekommen. Die Zeiten der Entwicklungshilfe sind vorbei. Es wird genügend Mühe kosten, hier überhaupt etwas aufrechtzuerhalten.«

Niemand rege sich über den Rückgang der ODA auf, nicht einmal die fortschrittlichen nordischen Länder: »Im Grunde gehört die öffentliche Entwicklungshilfe – ob wir es glauben wollen oder nicht – der Vergangenheit an. Sie zählt nicht zu den Realitäten der Zukunft.«

Nach ul Haq ist es unabdingbar, daß die internationale Gemeinschaft neue Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit schafft, die sich nicht auf Wohltätigkeit und Hilfe gründen, sondern auf den Zugang zu Märkten und Technologien. Japan und die Vereinigten Staaten, zwei der reichsten Länder der Erde, stünden auf der Liste der Geber ganz am Ende.

Einen weiteren Rückschlag für die G-77 stellt das Vorhaben der USA und der übrigen westlichen Staaten dar, die jährliche Beitragsankündigungskonferenz (pledging conference) der Weltorganisation zu streichen. Auf diesem Treffen können die Geberstaaten jeweils im November ihre Zusagen über Unterstützungsleistungen für die mit Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung befaßten Spezialorgane und Programme (wie etwa das UNDP, das UNICEF, das WFP, den UNFPA, das UNEP oder den UN-Entwicklungsfonds für die Frau) abgeben. »Die Beitragsankündigungskonferenz hat sich überlebt«, formulierte es Aira Paivoke aus Finnland als Sprecherin der EU-Staaten. Im November vergangenen Jahres wandte sie sich an die Generalversammlung: »Wir sind fest davon überzeugt, daß dies die letzte dieser Konferenzen sein sollte.« Zum ersten Mal werde kein EU-Mitgliedstaat bei dieser Konferenz eine Beitragsankündigung abgeben. Auch im Namen mehrerer Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind – darunter Bulgarien, Estland, Malta, Norwegen, Tschechien, Ungarn und Zypern – sagte Frau Paivoke, daß sie es am liebsten sähe, wenn der Wirtschafts- und Sozialrat und die Generalversammlung 2000 die »förmliche Abschaffung« der Beitragsankündigungskonferenzen beschließen. Die EU-Mitglieder würden dann die verschiedenen Fonds und Programme der Vereinten Nationen jeweils individuell über ihre Beiträge für das nächste Jahr in Kenntnis setzen. Australien, Island, Kanada, die Schweiz und die Vereinigten Staaten gaben ebenfalls eine gemeinsame Erklärung ab, wonach sie nicht an der zweitägigen ›pledging conference‹ teilzunehmen gedächten.

Mark Malloch Brown, der neue Administrator des UNDP, befürchtet, daß das Unbehagen an der Beitragsankündigungskonferenz lediglich Symptom eines viel tiefer liegenden Problems ist: der Abkehr von der finanziellen Unterstützung der UN-Entwicklungszusammenarbeit selbst. »Es war ein schwerer Weg, bis schließlich eine tatsächlich angemessene finanzielle Grundlage für die operativen Aktivitäten der Vereinten Nationen sichergestellt werden konnte«, merkte er an. Die ODA-Leistungen konnten zwar im letzten Jahr einen bescheidenen Zuwachs verzeichnen, so Malloch Brown; doch habe sich dieser allgemeine Trend zugunsten der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit nicht im Bereich der Vereinten Nationen oder speziell dem des UNDP niedergeschlagen. Die Mittel für

Globalisierungsdefizit Abrüstung

Das vorletzte Jahr des zweiten Millenniums war kein gutes Jahr für die Abrüstung. In Europa führte das westliche Bündnis unter großem Materialeinsatz erstmals Krieg, in Asien und Afrika wurden bewaffnete Konflikte fortgeführt, gar ausgeweitet. Die Jahrestagung der Abrüstungskonferenz in Genf verlief enttäuschend.

Damit nicht genug – nach Abschluß der Genfer Tagung erlitt der multilaterale Abrüstungsprozeß einen weiteren empfindlichen Rückschlag durch die Weigerung des US-Kongresses vom 13. Oktober 1999, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) zu ratifizieren. Außer den Vereinigten Staaten haben von den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats auch die alten Atomkräfte China und Rußland den CTBT bisher nicht ratifiziert. Die beiden neuen Kernwaffenstaaten Indien und Pakistan sehen jetzt erst recht keinen Grund, den CTBT auch nur zu unterzeichnen.

Auch der bilaterale amerikanisch-russische Rüstungskontrolldialog war 1999 belastet: durch die Weigerung der russischen Duma, den START-II-Vertrag zu ratifizieren, und durch den wachsenden innenpolitischen Druck in den USA, den ABM-Vertrag von 1972 einseitig zu modifizieren. Dieser soll dem Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems nicht mehr im Wege stehen, einer abgespeckten Version des ›Kriegs der Sterne‹ aus der Zeit Ronald Reagans.

In der Frage einer Begrenzung der Rüstungsexporte hatten die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, die zugleich die größten Waffenhändler sind, in den neunziger Jahren ihre halbherzigen Versuche bald aufgegeben und waren damit dem Impuls gefolgt, diese Märkte nicht der Konkurrenz zu überlassen. Aus Europa fand ein beträchtlicher Teil der ›abgerüsteten‹, aber nicht zerstörten Waffen seinen Weg in die Staaten Afrikas und Asiens, mitunter zu deren Rebellenbewegungen.

Schließlich sind am Ende der neunziger Jahre keine weiteren Impulse von den Erfolgen der multilateralen Abrüstungsdiplomatie in der Region (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) und weltweit (Chemiewaffenkonvention und CTBT, beide in der Genfer Abrüstungskonferenz ausgehandelt) ausgegangen.

Immerhin ist im letzten Jahr die Ottawa-Konvention zum Verbot der Anti-Personen-Minen in Kraft getreten. Dieser Erfolg ist indes nicht-staatlichen und humanitären Organisationen zu verdanken (die aber von den meisten Staaten unterstützt wurden), während die drei Atomkräfte China, Rußland und USA auch diesem Abkommen bis Ende 1999 nicht beigetreten waren. Die Protokolle II und IV zum UN-Übereinkommen über ›besonders grausame Waffen‹, die auf das Verbot von Laserblendwaffen und die Einschränkung des Einsatzes von Anti-Personen-Minen abzielen, haben Rußland und die USA bisher nicht unterzeichnet.

In Europa hat die weltpolitische Wende von 1989/90 bei den konventionellen Waffen und den Truppenstärken sowie bei den strategischen Nuklearwaffen und bei den Tausenden von taktischen Atomwaffen zu drastischen Reduzierungen der Bestände und auch der Kapazitäten für die Rüstungsproduktion geführt. Die Rüstungsforschungskapazitäten in den großen westlichen Industriestaaten jedoch wurden weit weniger tangiert. Der von US-Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsrede von 1961 kritisierte ›militärisch-industrielle Komplex‹ und die Denkstrukturen seiner Akteure haben in den USA, aber auch in Rußland und China die Zäsur von 1989/90 weitgehend unbeschadet (und durch Megafusionen im Rüstungssektor teilweise gestärkt) überstanden. Inzwischen werden neben der Proliferation von ABC-Waffen selektive humanitäre Interventionen im internationalen, aber auch im nationalen Diskurs der Sicherheitspolitik zunehmend als neue Begründungen genutzt, um einen neuen Investitionsschub im Rüstungssektor zu rechtfertigen.

Vor einem solchen Hintergrund blieben freilich die zahlreichen Aktivitäten, welche die Hauptabteilung Abrüstung des UN-Sekretariats auch 1999 im Bereich der Kleinwaffen in Europa (Albanien), in Afrika und Lateinamerika unternahm, für die großen Medien der OECD-Welt kaum berichtenswert.